

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich  
4.20 Mark, durch die Post 4.65 Mark  
ausgeschlossen. Zustellungsgebühren. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter  
Saale-Zeitungsangeboten. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.  
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1145,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4400.

**Abend-Ausgabe.**

# Saale-Zeitung

Zweihundertfünfzigster Jahrgang.

**Anzeige**  
werden die Tagesblätter zu dem dreizehn  
Kolonnen und deren Raum mit  
30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet  
und in unseren Annahmestellen u.  
allen Anzeigengeschäften angenom-  
men. Bestellungen die 78 mm breite Seite  
132. u. 10% Zuschlag. Anzeigen-  
Annahmestellen vorm. 11 Uhr,  
für die Sonntags- u. abdo. 6 Uhr.  
Abbestellungen, soweit möglich,  
müssen schriftlich erfolgen. Er-  
füllungsort: Halle a. S. Erscheint tägl.  
2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit.  
u. Haupt-Verwaltung: Halle, Dr.  
Groschoppstr. 17. Neben-Geschäfts-  
stell.: Markt 26 a. Dr. Hirschgr. 92.

Nr. 116.

Halle, Sonnabend, den 9. März

1918.

## Deutscher Luftangriff auf Paris.

Große Wirkungen beim Luftangriff auf Paris erzielt. — Der Vormarsch auf Odessa. — Angeblicher Beginn einer Entente-Offensive im Elsaß. — Japans Intervention in Ostibirien aufgeschoben? — Rücktritt Trozki. Veränderungen in der britischen Regierung; Bonar Law tritt zurück. — Die argentinischen Leistungen für die Entente.

### Hestige Infanteriegefechte im Westen.

Kege beiderseitige Erkundungstätigkeit. — Zahlreiche Gefangene eingebracht. — Verschärfter Feuerkampf. Vergeltung für feindliche Bombenwürfe auf deutsche offene Städte. — Erfolgreiche Kämpfe mit bolschewistischen Banden.

W.T.B. Großes Hauptquartier, 9. März.

#### Weltlicher Kriegsschauplatz.

#### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Kege beiderseitige Erkundungstätigkeit führte östlich von Bergen, am Southenholde Walde, nordwestlich von Gjelunest und auf dem Nordufer der Eys zu heftigen Infanteriegefechten. Zahlreiche Gefangene wurden eingebracht. Vielfach aufsteckender Feuerkampf, der sich am Abend besonders an der flandrischen Front und nördlich von der Scarpe verschärfte.

An der Front der

Seeresgruppen Deutsche Kronprinz und Herzog Albrecht lebte die Geschäftstätigkeit nur in wenigen Abschnitten auf.

Zur Vergeltung für feindliche Bombenwürfe auf die offenen Städte Trier, Mannheim und Birmensdorf am 19. und 20. Februar haben unsere Flugzeuge in der Nacht vom 8. zum 9. März Paris erneut mit Bomben angegriffen und große Wirkung erzielt.

Osten.

Bandenkämpfe nördlich und südlich von Birgula (an der Bahn Schmirinta—Odessa). Die Banden wurden zerstreut.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Theorie und Praxis.

Zwei Neben englischer Staatsmänner.

Großbritannien hat neue Staatskredite notwendig. Zwar hat man im Unterhause erzählt, daß die bisher bewilligten Kriegskredite bis Ende des Jahres 1918 ausreichen würden. Die englischen Kriegsausgaben setzten sich aber immer noch von Tag zu Tag, und heute steht schon fest, daß die Voraus-  
sage der britischen Regierung nicht zutreffen wird. Bonar hat sich dieser Erkenntnis auch nicht verschlossen und infolgedessen im Unterhause neue Forderungen eingebracht, die dieses Mal mit 12 Milliarden Mark den größten bisher in Großbritannien bewilligten Kriegskredit darstellen. Die Einbringung dieser Vorlage war die Ursache, daß im Unterhause der als Führer der Konservativen der Regierung angehörende Bonar Law eine Rede hielt, in der die Lage der Welt beleuchtet wurde. In der Diskussion über diese Vorlage sprach jedoch noch der frühere Ministerpräsident Asquith, der jetzt als liberaler Führer in der Opposition steht. Betradtet man beide Reden zusammen, dann ergibt sich ein schönes Bild, wie Theorie und Praxis im Kopfe englischer Staatsmänner aus-  
sehen.

Beide Bonar Law und Asquith, können nicht an den Tausenden übergeben, die die militärische Überlegenheit der Mittelmächte geschaffen hat. Insbesondere Bonar Law hat sich über diese Tatsache mit ernsten Worten ausgesprochen. Er mußte zugeben, daß der Zusammenbruch Russlands für die Entente „ein sehr bedauerlicher Schlag“ gewesen sei. Er mußte weiter zugeben, daß die Vorgänge in Russland die Lage des Vierbundes außerordentlich verschlechtert. Er lud das englische Volk damit zu beruhigen, daß die Menge von Nahrungsmitteln, die Russland in diesem Jahre produzieren wird, kaum zur Ernährung der russischen Bevölkerung ausreicht. Wenn dieser wirtschaftliche Trost Bonar Law schwach ist, dann ist der militärische Trost, den Bonar Law ebenfalls noch geringer. Er hat in seiner Rede zugegeben, daß große deutsche Truppenmassen noch Osten nach dem Westen gebracht worden sind, und er behauptet, daß allein im letzten Monat 30 deutsche Divisionen nach der Westfront geschickt wurden. Er behauptet sogar, daß auch österreichische Truppen an dem Ringen an der eigentlichen Westfront teilnehmen würden. Trotz alledem glaubt Bonar Law noch, daß im Westen nach wie vor eine zahlenmäßige Überlegenheit der Entente gegenüber Deutschland besteht. Er behauptet schließlich Bonar Law der Lage auf dem Balkan gegenüber. Er hat nach dem neuesten Bericht zugegeben, daß die Lage des Ententebundes in Salonik unbesiegt ist, und er mußte eingestehen, daß die Lage nach erörtert werden kann, daß die Zentralmächte in der Lage seien, der Salonik-Armee eine stärkere Truppenmacht entgegenzusetzen.“ Seine Trostworter hierzu, daß auch Deutschlands Truppenbestände einmal aufhören müßten, werden auch jenseits des Kanals nicht ganz ernst genommen werden.

Anderes steht die Situation aus, wenn man die englische Theorie und die britische Praxis auf politischem Gebiete gegenüberstellt. Beide, Bonar Law und Asquith, haben in ihren längeren Auslassungen darüber gesagt, daß Deutschland nun doch Anzügen im Osten vorgenommen habe. Mit dem Hinterrücken auf das deutsche Auftreten im Osten sollen die ägyptischen Ententebestrebungen eingeschüchtert werden. Mit dem Hinterrücken auf den Osten soll ihnen das Grinsen beigebracht werden. Deshalb war es notwendig, daß beide Staatsmänner von Eroberungen sprachen, wo keine Eroberungen gemacht worden sind. Die Mittelmächte haben den Kandidaten im Osten die Freiheit gebracht, aber sie haben sie nicht für sich erobert. Befreiten wollte aber selbst England das Königreich Polen, wenn auch mit Einfluß der von Deutschland abzutrennenden Gebiete.

Nachdem das, was Lloyd George, Wilson und Clemenceau als die höchste Weisheit gepriesen haben — die Befreiung kleinerer Nationen — von Deutschland durchgeführt wird, soll es mit einem Male eine Lausunde sein! Die britische Theorie besteht jetzt darin, das alles als ungerichtet zu bezeichnen, was eine andere britische Theorie, wenn auch einige Zeit zuvor, als bringend erforderlich erklärt hatte. Die britische Praxis ist ihr nun denn verdammernd, wenn sie etwa auch von den Mittelmächten befolgt wird. Wie steht diese Praxis aber aus? England hat sich in Nordfrankreich festgesetzt, und es ist heute noch unbekannt, daß es mit Frankreich einen 99jährigen Pachvertrag über Calais ab-

### Die tägliche U-Boot-Strategie.

W.T.B. Berlin, 9. März. (Amstlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz fügten unsere U-Boote dem Gegner einen Verlust von 20 500 T. Handelsfahrzeugen zu. Die Erfolge wurden größtenteils an der Westküste Frankreichs und im Westausgange des Mittelmeeres erzielt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Die Verhandlungen in Bukarest.

Geheime Beratungen.

Berlin, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus gut unterrichteter Quelle erfahren wir, daß über die Beratungen in Bukarest nicht früher Mitteilungen gemacht werden, als bis ein bestimmtes Ergebnis erzielt worden ist. Die Verhandlungen werden auf ausdrücklichen Wunsch der rumänischen Regierung hinter verschlossenen Türen geführt. Diegenen Wünsche haben sich die Vertreter der Mittelmächte angeschlossen.

### Die ersten Anzeichen der Entente-Offensive.

Gesteigerte Aktivität im Elsaß.

Genf, 9. März. (Privattelegramm.) Journal des Debats und „Journal“ berichten: Die vom Herzogreich gemeldete gesteigerte Aktivität an der elsaßischen Front seien die ersten Anzeichen der Offensive der Ententearmee.

### Ringkampf zwischen Clemenceau und Pétain.

Wann soll die Offensive beginnen?

Paris, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Dem „Berliner Tagblatt“ zufolge hat sich ein Kampf zwischen Clemenceau und General Pétain entzündet. Beide sind sich uneinig darüber, ob Frankreich mit der Offensive beginnen soll, oder ob man die deutsche Offensive abwarten muß. Clemenceau will, daß die Offensive von den Franzosen eröffnet wird, während Pétain die deutsche Offensive abwarten möchte.

### Vertrauensvotum für die französische Regierung.

W.T.B. Paris 9. März. Nach Aussprache über die Interventionen Constant wegen der Verantwortlichkeit der Regierung und der im Bolschewisten erfolgten Wählens hat die Kammer in einer Tagesordnung der Regierung mit 400 gegen 75 Stimmen die Vertrauen ausgesprochen.

### Trozki's Rücktritt.

W.T.B. Petersburg, 9. März. (Rouss.) Trozki ist von seinem Posten als Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten zurückgetreten.

### 30 Beamte Trozki's entlassen.

T. U. Stockholm, 9. März. Nach dem Rücktritt Trozki's vom Volkskommissariat des Auswärtigen hat sein Vertreter Radel die Reorganisation dieses Amtes damit begonnen, daß er Kommissarbeamte des Kommissariats entlassen hat.

### Verschiebung der japanischen Intervention?

Rotterdam, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) „Nieuw. Rotterd.“ wird der Exhorte Telegramm Company aus New York gemeldet, daß die japanische Botschaft erklärt hat, die Pläne für die Intervention Japans in Sibirien seien vorläufig aufgeschoben. Es könnte jetzt denn von England aus, was Japan tun werde. Die sibirische Botschaft hat mitgeteilt, daß China die Politik der Vereinigten Staaten unterstütze, und daß es sich verweigert auf den Schan der manchuischen Grenze beschränkt wird.

### Der japanische Mobilisationskredit.

Eine Milliarde Yen.

Rotterdam, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Tokio erfahren unsere Blätter, das japanische Parlament habe einen Mobilisationskredit von einer Milliarde Yen bewilligt für Sicherungsmassnahmen auf Korea und in den Nachbargebieten.

### Das Ende der argentinischen Neutralität?

Rotterdam, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) „Reuter“ meldet aus Buenos Aires: Am 5. März teilte der Botschafter der argentinischen Republik bei den Vereinigten Staaten der Regierung in Washington mit, daß Argentinien nunmehr seine Neutralität aufgeben und sich an die Seite Americas und der Entente stellen werde.

### Die argentinische Lebensmittelausfuhr.

Reservierung für die Entente.

Amsterdam, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Daily Telegraph“ meldet aus Buenos Aires: Die argentinische Lebensmittelausfuhr soll nach Bewandigung der argentinischen Neutralität der Entente vorbehalten bleiben, wogegen Argentinien Rohstoffe und andere Waren erhält. Es gilt auch für wahrscheinlich, daß Argentinien ebenso wie Brasilien die Entente durch seine Marine unterstützen wird.

### Der Rücktritt Bonar Laws.

Chamberlain als Nachfolger.

Amsterdam, 9. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet, daß Bonar Law von seinem Posten als Finanzminister zurückgetreten ist, um sich aus seinen Aufgaben im Kriegsministerium zu widmen und der unvollständigen Partei inaktivität seine Unterstützung zu leisten. Arthur Chamberlain hat seinen Posten übernommen.

(Siehe Depeschen siehe auch Seite 3.)

# Die weitere Beratung der Wahlrechtsvorlage.

Die Frage ständiger Wählerlisten. — Beginn der ersten Lesung des Kompetenzgesetzes.  
„Das in seiner Zusammensetzung veränderte Herrenhaus muß mehr Rechte erhalten.“

geschlossen hat. England hat Ägypten an sich gerissen, ohne sich auch nur im geringsten um die Theorie von Selbstbestimmungsrechte der Völker zu kümmern. Es hat von Ägypten aus einen großen Teil Palästinas erobert und es hat sich weitere Gebiete Kleinasiens bis über Sobhad hinaus unterworfen. Hier handelt es sich um brutale Eroberung und Annexion! Hierüber verlieren die britischen Staatsmänner jedoch kein Wort. Sie denken auch gar nicht daran, diese Gebiete wieder preiszugeben. Nichts liegt ihnen ferner, als das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker aus ihrer Anwendung zu bringen. Bonar Law hat vielmehr mit aller Bestimmtheit erklärt, daß Ägypten nicht geräumt werden würde, solange das britische Reich nicht vollständig geschlagen sei. Wie über Ägypten, so denkt man in London auch gewiß über alle anderen eroberten Gebiete. Wir brauchen hier nur an die Neben des englischen Burenkriegs zu denken, der dem englischen Kriegskabinett angehört, erinnern. Dieser hat es mehr als einmal ausgesprochen, daß die germanischen Kolonien unter keinen Umständen wieder herausgegeben werden sollen.

Es ist nicht englische Art, das wieder herauszugeben, wo sich britische Truppen einmal festgesetzt haben. Das ist die englische Praxis, die brutal erobert, ohne Rücksicht auf die selbst aufgeführte Theorie. Man kann die Zwölfpfändigkeit dieser britischen imperialistischen Politik nicht oft genug betonen, um immer wieder zu zeigen, wie sehr Theorie und Praxis in Großbritannien voneinander abweisen.

C. H.

## Die Ausführungen Asquiths.

Nach einer Meldung aus London hielt Asquith eine Rede in Cuper in seinem schottischen Wahlkreis. Er sagte: Die Kämpfe um die auferlegten Friedensbedingungen sind keine Friedensbedingungen, sondern harte und demütigende Kapitulation. Man kann sagen, was erhaullicher ist, der Antisemitismus, der solche Bedingungen auferlegte, oder die Völkerverachtung, die das die Grundlage eines dauernden Friedens bilden konnte. Kann jemand, der diese Urkunde liest, im Zweifel sein, was ein berechtigter Sieg für Europa und die Welt bedeutet? Um nur ein Beispiel zu nehmen: Die Schicksal Belgiens wird dem Völkerrecht in Bezug auf die Westmächte niemals in der Lage kommt, den Westmächten seinen Willen aufzuerlegen. Auf diesem Wege gelangt man nicht zu einem zeitlichen Frieden. Der bester Friede ist das Gegenteil von dem, was ein internationaler Vertrag sein sollte. Sein Zweck ist, den Sieger und seine Verbündeten auf Kosten des Besiegten zu vergrößern, und auf die Interessen oder Wünsche der Bevölkerung wird nur mit ganz hohlen Worten Bezug genommen. Wenn dieser Vertrag niemals eine Lausade wird, so wird es die Gatt zu inneren und internationalen Streitigkeiten und Konflikten aufzuerlegen, welche die Nation auf Generationen hinaus zerschlagen werden. Es ist undenkbar, ob eine solche Art, die Feindschaften zu beenden, sich dem Urteil über dem Gewissen eines zivilisierten Volkes empfehlen. Ich glaube, der Friede muß im Reichstag ratifiziert werden, von dem der bekannte Beschluß im Juli gefaßt ist. Der Friede, den wir im Auge haben, der einzige Friede, der einen Wert hat, muß ein Friede nicht der Diktator oder der Parlamentarier, sondern der Völker sein. Es gibt eine Anzahl Fragen, die notwendig zur endgültigen Entscheidung dem Schiedsgericht einer Konferenz überlassen werden müssen, welche, wie wir hoffen, den Keim und selbst die erste Verankerung des Völkerbundes bilden wird. Es gibt keine territoriale Erwerbung, die wir in unserem Lande im Verlaufe des Krieges gemacht haben, die wir nicht bereit wären, dem Urteil eines solchen Gerichtshofes zu unterbreiten, aber gleichzeitig stimme ich mit Wilson hinsichtlich der gegenwärtigen Abhängigkeit und Gemeinlichkeit der grundsätzlichen Friedensfragen überein. Man kann sich nicht mit ihnen nach der Methode beschäftigen, die sich an demselben Herkuleus gewährt hat, als wenn sie Wälder einer Artischeide wären, die eins nach dem andern abgehackt und verzehrt werden können. Widerverteilung, Wiedergutmachung, freie aus eigenem Antrieb geforderte Selbstentwaffnung für die Völker, sowohl große als kleine, Sicherheit durch eine angemessene und passende Maschinen gegen gültige Verletzungen des internationalen Rechtes, all dies muß die Grundlage jedes Friedens bilden. Was mir jetzt von äußerster Wichtigkeit im Interesse der Welt zu sein scheint, ist, daß die Völker zu der Erkenntnis gebracht werden sollten, daß wir Militärischen ein einziges Ziel verfolgen, dem alles andere untergeordnet ist, nämlich auf dieser Grundlage das Gebäude der zukünftigen Welt aufzubauen.

Zu diesen Voraussetzungen Asquiths müßten wir folgendes bemerken: Daß der Friedensschluß der Zentralmächte mit Ägypten Herrn Asquith nicht paßt, ist nicht zu verwundern. England wird sich über jeden Frieden entzweien, der nicht den englischen Interessen entspricht. Wir wissen, daß ein internationaler Vertrag, wie es Herrn Asquith vorwiegend, für Deutschland nichts anderes bedeutet, als ein

Instrument englischer Vorherrschaft in der Welt. Die Entente hatte vor dem Friedensschluß in West-Asien Gelegenheit, einen allgemeinen Frieden abzuschließen, wie er den von England und Amerika angehängt erklärten Idealen entsprach. Kein Staat der Entente hat diese Gelegenheit benutzt und zwar deshalb nicht, weil die von der Entente aufgestellten Ideale mit ihren Taten und ihrer inneren Überzeugung nicht in Einklang stehen, sondern nur als Werkzeug auf ihr eigenes Wohl und auf die öffentliche Meinung der Welt benutzt sind. Die Entente hat es, statt einen Frieden in solchen Idealen aufzubauen, seinen Schicksal zu überlassen. Ausland hätte trotzdem noch die Möglichkeit zu einem schnelleren und billigeren Frieden

gehabt, hat aber durch die unfluge Politik des Herrn Trost, der die Revolution in ganz Europa entfachen wollte, diese Gelegenheit verpaßt. Was die Zentralmächte schließlich von Ausland gefordert haben, dient nur zur Erhöhung des Friedens im Osten. Daß Deutschland selbst dabei keine Erwerbungen zu machen beabsichtigt, hat der Reichskanzler in seiner letzten Rede betont. Deutschland hat sich bei dem Friedensschluß lediglich diejenigen Ideale zu eigen gemacht, die von Herrn Asquith am Beginn dieses Krieges aufgestellt worden sind, nämlich die

Befreiung der kleinen Völkerstaaten. Ausland wird sicherlich einsehen, daß es die beste Politik ist, das russische Volk ist, den gegenwärtigen Frieden zu ratifizieren und wird dadurch Herrn Asquith die beste Antwort auf

Ueber die weiteren Verhandlungen des Wahlrechts-Ausschusses am Sonnabend wird uns gemeldet: Der Frage der Einführung ständiger Wählerlisten wurde folgender § 6a eingefügt, dem die Regierung zustimmte: „Die zur Aufstellung der Wählerlisten erforderlichen Unterlagen sind von den Gemeinden zu sammeln und auf dem Laufensten zu erhalten. Binnen 10 Tagen nach der Veröffentlichung des Wahlschreibens sollen die Wählerlisten fertiggestellt sein.“

Mit den weiteren ihm überwiesenen Angelegenheiten, insbesondere dem Verhältniswahlsystem, ist der Unterausschuß noch nicht zu Ende. Es wird darum die Beratung der Wahlrechtsvorlage abgebrochen, und der Ausschuß beginnt mit der

ersten Lesung der dritten Verfassungsvorlage, des sog. Kompetenzgesetzes.

Bekanntlich sind hierüber die Artikel 62 und 69 der Verfassung abgelehnt worden. Heute kann das Herrenhaus den Etat nur im ganzen annehmen oder ablehnen. Die Vorlage will dafür bestimmen, daß, wenn das Abgeordnetenhaus gegen den Widerspruch der Regierung einen Votum der ordentlichen Ausgaben überhaupt nicht oder nicht in der zuletzt vorgeschlagenen geringeren Summe bewilligt, das Herrenhaus über diesen Votum vor der Abstimmung über den Gesamtetat vorweg Beschluß fassen soll. Wenn dann das Herrenhaus dem Beschluß des Abgeordnetenhauses nicht beitrifft, so soll das Abgeordnetenhaus nach voranzugangener Beratung in einem aus Mitgliedern beider Kammern gebildeten Beschäftigungsausschuß über den Votum erneut beschließen. Erst hiernach findet die Gesamtbestimmung des Herrenhauses über den Etat statt. Weiter wird der Gesetzentwurf der Zweiten Kammer unterlagen, ohne Zustimmung der Regierung Ausgaben, die im Etat nicht vorgesehen sind, einzuführen, oder Ausgabenposten über den von der Regierung vorgeschlagenen Betrag zu erhöhen. — Endlich soll Artikel 69 der Verfassung dahin ergänzt werden, daß, falls bis zum Schluß eines Rechnungsjahres der

Etat für das folgende Jahr nicht zustandekommt,

die Regierung ermächtigt ist, bis zu seinem Inkrafttreten alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung gesetzlich bestehender Einrichtungen oder zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner soll sie berechtigt sein, die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Staates zu erfüllen und Steuern und Befehlsungen fortzusetzen, für die durch den Etat eines Vorjahres bereits Bewilligungen erteilt worden haben, sowie unter der gleichen Voraussetzung Beschüssen zu Bauten und Befehlsungen weiter zu gewähren.

Ein Zentrumsantrag will im Artikel 62 bestimmen, daß nach der Beratung in dem Beschäftigungsausschuß die Abstimmung über den betreffenden Votum und erst hiernach das Herrenhaus über den Gesamtetat abzustimmen hat.

Finanzminister Dr. Hergt: Die einzelnen Vorschläge der Regierung stehen im engsten Zusammenhange miteinander. Das in seiner Zusammenlegung veränderte

Herrenhaus muß mehr Rechte erhalten.

In der pressifischen Beratung wird das Herrenhaus weit schlechter gestellt als in den meisten anderen Verfassungen. Man hatte seinerzeit ein gewisses Mißtrauen gegen das Herrenhaus. Als das Herrenhaus zum großen Teil aus erblichen Mitgliedern bestand, sind die Steuer- und sonstigen Privilegien insbesondere seinen Mitgliedern zugute gekommen. Durch die Anwendung seiner Zusammenlegung werden die verschiedenen Berufsstände im Herrenhaus vertre-

ten, und dieser Kräftezuwachs soll der Etatsberatung nutzbar gemacht werden. Dazu muß das Herrenhaus aber auch eine erweiterte Zuständigkeit erhalten. Die Einrichtung des Beschäftigungsausschusses besetzt bereits in Baden, Preußen und Württemberg, und zwar im weiteren Umfang, als jetzt für Preußen vorgesehen wird. Man könne dem Herrenhaus allerdings nicht die Möglichkeit geben, jede Etatsposition abzulehnen, denn das würde die Etatsberatung zu sehr verzögern. Durch die zweite Lösung sollen die einzelnen Parteien des Abgeordnetenhauses dagegen geschützt werden, daß sie dem

Drängen aus der Wählerkraft

auf Vermehrung der Ausgaben nachgeben. Die dritte Forderung ist erforderlich um für den Etat vorzuliegen, daß insolge der ersten beiden der Etat nicht rechtzeitig fertig werde.

Ein Zentrumsredner nimmt dem Grundgedanken zu, hält aber die von seiner Partei beantragte Ausfüßung für zweckmäßiger.

Ein Fortschrittler wendet sich gegen eine Erweiterung der Rechte des Herrenhauses, das auch ein Entwidlungshindernis werden könnte. Der Zentrumsantrag geht zwar noch weiter und will ein Recht des Abgeordnetenhauses beibehalten. Wenn der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet werde, könne immer ein Notgesetz erlassen werden.

Ein Nationalliberaler wünscht am Vorabend der Regierung festzuhalten. — Ein Notgesetz genüge für den Fall, daß der Etat bis zum 1. April nicht fertiggestellt werde.

Ein Konservativer befaßt seiner Partei die endgültige Stellungnahme vor, bis die Zusammenlegung des Herrenhauses endgültig feststeht.

Ein Freikonserverativer spricht im gleichen Sinne. Finanzminister Dr. Hergt: Die Regierung wird auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes stets auf vollständige Verabschiedung des Etats dringen. Wenn das Verhältnis der Parteien der Gesetzgebung zueinander bestehen bleiben sollte, so könne der Landtag nicht das Recht erhalten, ohne weiteres einzelne Etatspositionen zu erhöhen. Sonst würde die Regierung nur die Frage gestellt werden, ob sie wegen einer Position den ganzen Etat ablehnen sollte.

Ein Fortschrittler: Die Reichsregierung befindet sich ja in derselben Zwangslage. Das Parlament darf sich nicht freiwillig das Druckmittel gegenüber der Regierung nehmen lassen. Von keinem Budgettrakt darf das Parlament nicht das geringste fordern.

Finanzminister Dr. Hergt: In die einseitigstrafrechtliche Verfassung hat der Reichstag selbst die Zustimmung aufgenommen, die die Regierung jetzt für Preußen vorbringt.

Ein Zentrumsredner begründet darauf eine Reihe von Anträgen, wonach dem Artikel 20 hinzugefügt sei, daß der konfessionelle Charakter der Reichsämtern gewährleistet wird, den Artikel 88 dahin zu fassen, daß die Mitglieder der Zweiten Kammer eine Unschädlichkeit nach Maßgabe des Gesetzes erhalten und ein Verbot, daraus unstatthaft sei, und den Artikel 107 so zu fassen, daß die Verfassungsänderungen in jeder Kammer eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Der Sozialdemokrat begründet seinen Antrag, wonach ein vom Abgeordnetenhaus in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen angenommener Gesetzentwurf, der vom Herrenhaus abgelehnt oder nicht zur Beratung gestellt worden ist, dem Könige zur Genehmigung vorzulegen ist, und wenn er diese Genehmigung erhält, Gesetzkraft erlangt.

Konserverative und nationalliberale Redner erklären sich gegen diesen Antrag, ein Volksparteier billigt die Tendenz. Zur Abstimmung kam es noch nicht, die Weiterberatung wurde auf Sonnabend vertagt.

Seine Rede geben. Daß der russische Frieden im übrigen mit dem Reichstagsbeschluß vom 19. Juli nicht im Widerspruch steht, ist im Reichstag anerkannt worden. Herr Asquith appelliert also vergebens an die Uneinigkeit des deutschen Volkes.

Gegner der Besatzungen Asquiths, daß England alle seine territorialen Erwerbungen einem internationalen Schiedsgericht unterbreiten wolle, genügt es auf die Worte seiner Handlungsweise, daß Herr Bonar Law hinzuzufügen, daß es selbstverständlich sei, daß England Ägypten nicht räumen werde, solange das britische Reich nicht vollständig besiegt sei. Diese offene Erklärung Bonar Laws stellt die Absicht Asquiths in das richtige Licht.

## Die bevorstehende Befreiung Odesas.

Berlin, 3. März. Die ukrainische Korps unter dem Oberbefehl Polunars wurden gegen Ejarow und Odessa in Marsch gesetzt, um das Befreiungswort zu vollenden.

## Avarescu Nachfolger.

Berlin, 3. März. Aus Rumänien wird gemeldet: Nach Abwidmung der Frage der Grenzberichtigung wird Avarescu zurücktreten. Als Mann der Zukunft gilt laut „E. M.“ Marghiloman.

## Englands Truppenanfanmlung in Irland.

Berlin, 3. März. Ueber 19 000 Mann englische Truppen wurden laut einer Meldung der „Nord. Allg. Ze.“ in den letzten Tagen nach irischen Häfen übergeführt.

## Englische Einzelheiten über den Luftangriff auf London.

11 Personen getötet, 46 verwundet.

WTB. London, 3. März. (Weiter.) Amlich. Der Entenart ist nicht zu sehen oder daß fliegende Heerflotten ausgefüllt worden zu sein, wozu zwei London erzielten und mit Bomben besetzt. Die ersten zwei Anzettel wälzten sich der Insel Tanager um 10 Uhr 35 Min. eroberte und gegen weiter die Truppenanfanmlung aufnahm. Es wurde von vier Piloten gemeldet, daß die Bomben erstens in Australien für ein britisches Flugzeug um 11 Uhr 30 Min. über die Küste von Essex und kamerte sich nach Westen weiter. Um 11 Uhr 45 Min. wurde es über Ostlondon

gemeldet. Einige Minuten später warf der Flieger Bombe auf die südwestlichen und nordwestlichen Distrikte. Um 11 Uhr 30 Min. warf ein vierter Flieger, der ebenfalls über Essex geflogen war, Bomben nördlich von London ab und leitete dem seine Fahrt über die Stadt hinaus in nördlicher Richtung ab, wobei er zwischen 12 Uhr 20 Min. und 12 Uhr 20 Min. in einem nördlichen Distrikt die restlichen Bomben fallen ließ. Die übrigen fliegenden Maschinen, die alle über die Küste von Essex kamen, wurden zur Umkehr gezwungen, die im London erreichten. Es wurde einige Bomben von Rumänien abgeworfen. Mehrere Häuser wurden zerstört. Die Zahl der Anfallskräfte wird später bekanntgegeben werden.

Ein weiterer amtlicher Bericht besagt, daß nach den vorliegenden Berichten 11 Personen getötet und 46 verwundet wurden. Man fürchtete, daß außerdem noch sehr Seelen unter den Trümmern der Häuser bestanden sind. Alle Unfälle ereigneten sich in London.

## Abrechnung mit Lenin?

Kopenhagen, 3. März. Aus Haparanda wird gemeldet, daß Flüchtlinge aus Petersburg und Helsingfors mitteilen, in Russland herrsche eine sehr erregte Stimmung gegen Lenin und Trotski, die beschuldigt werden, durch ihr Hinschieben der Friedensverhandlungen den großen Schaden verursacht zu haben. Man rednet damit, daß die Bolschewisten auf dem Kongress in Moskau am 12. März eine große Niederlage erleiden werden.

## Japan soll den Zarismus wiederherstellen.

Genf, 3. März. Die tüchtige Selbstlosigkeit, mit der die französische Presse den russischen Friedensschluß als Vorbeispiel erklärt und die Revision der West-Asien-Verträge vom allgemeinen Friedenskongress ermahnt, ist nur Egoismus. Wie sehr der Zusammenbruch im Osten der pazifistischen Politik in die Glieder fährt, bemerkt der naive Esler, mit der ein Teil der Presse die Wiederherstellung des Zarismus verlangt, wenn es sein müßte, mit Hilfe der Japaner. Der „Gonolts“ sagt ganz offen, es sei tatsächlich kein Zufall, daß die französische Presse das Handhaben des Japans als Vorbild für die russische Revolution in den Tagen des Beschäftigungsausschusses veröffentlicht habe. Es gibt Leute genug, die daran dächten, die Regierung des schlagigen und treuen Verbündeten, der Mikolow II. immer derselben sei, wiederherzustellen und mit dieser Aufgabe Japan zu betrauen, das den Japans befreiten, aus den geliebten Elementen ein nationales Heer bilden und den Japans der Japans mehr aufrichten werde. Das erfindet jetzt wie ein phantastischer Theatercoup — aber schließlich ein Überzeugungen sollte man sich im Laufe dieses Krieges eigentlich